

Dr.ⁱⁿ Alma Zadić, LL.M.
Bundesministerin für Justiz

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2022-0.500.676

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)11779/J-NR/2022

Wien, am 08. September 2022

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Dr.ⁱⁿ Petra Oberrauner, Kolleginnen und Kollegen haben am 8. Juli 2022 unter der Nr. **11779/J-NR/2022** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Warum hat Österreich keine Open-Source-Strategie?“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 3:

- *1. Gibt es in ihrem Ressort eine Open-Source-Strategie mit dem Ziel, den Anteil an verwendeter Open-Source-Software in ihrem Ressort zu steigern?*
 - a. Falls nein, warum nicht?*
 - b. Falls ja, seit wann und wie lautet diese?*
- *3. Gibt es Maßnahmen in ihrem Ministerium diesen Anteil weiter zu steigern?*
 - a. Falls ja, welche?*
 - b. Falls nein, warum nicht?*

Das Bundesministerium für Justiz hat im Rahmen der IT-Strategie auch den Einsatz von Open Source Software als strategischen Eckpfeiler definiert. Dieser findet sich seit 2006 in der regelmäßig aktualisierten IT-Strategie wieder. Die aktuelle Fassung ist auch im Internet unter nachfolgendem Link publiziert: <https://www.justiz.gv.at/home/service/justiz-und-it.955.de.html>. Die Open Source Strategie ist in Kapitel 5.1 des bezugnehmenden

Dokuments enthalten und umfasst auch organisatorische Maßnahmen zur Forcierung des Einsatzes von Open Source Software.

Zu den Fragen 2 und 4:

- *2. Wie hoch ist der aktuelle Anteil an Open-Source-Software in ihrem Ressort?*
- *4. Gibt es in ihrem Ressort Zielvorgaben, welcher Open-Source-Anteil bis wann erreicht werden soll?*
 - a. Falls ja, wie lautet dieses Ziel?*
 - b. Falls nein, warum nicht?*

Aufgrund der verschiedenartigen Ausprägungen von Open Source Software (Bibliotheken, Middleware, Client Programme) ist eine seriöse Quantifizierung des Anteils nicht möglich.

Zu den Fragen 5 bis 7:

- *5. Gibt es Open-Source-Alternativen zu den aktuell in ihrem Ministerium verwendeten proprietären Softwareprodukten, mit denen die Aufgaben ihres Ministeriums und der ihnen zugehörigen Behörden qualitativ gleichwertig durchgeführt werden können?*
- *6. Wären diese Open-Source-Alternativen zu geringeren, vergleichbaren oder höheren Kosten zu haben, als die aktuell verwendete proprietäre Software?*
- *7. Gibt es in ihrem Ressort eine Analyse, welche Schwierigkeiten für den Einsatz von Open-Source bestehen und wie diese Schwierigkeiten überwunden werden können?*

Im Rahmen der Neu- und Weiterentwicklung von IT-Projekten wird gemäß der erwähnten Open Source Strategie laufend der Einsatz von Open Source Alternativen überprüft. Neben möglichen Kosteneinsparungen werden dabei ua auch allfällige Migrationskosten, IT-Sicherheitsüberprüfungen, zu Grunde liegende Lizenzbedingungen sowie vorhandenes Benutzer-Know-how in einer Gesamtbetrachtung berücksichtigt. Sofern diese Gesamtbetrachtung zu einem positiven Ergebnis führt, sind im jeweiligen Einzelfall bislang keine Schwierigkeiten aufgetreten.

Zu den Fragen 8 und 9:

- *8. Gibt es von Seiten ihres Ressorts einen Austausch mit der europäischen Ebene oder mit ihren Partnerressorts in anderen EU-Ländern über den Einsatz von Open-Source und/oder eine Kooperation zur (Weiter-) Entwicklung und zum Teilen von Open-Source-Lösungen?*
 - a. Falls ja, wie sieht der Austausch bzw. die Kooperation konkret aus?*
 - b. Falls nein, warum nicht?*

- *9. Gibt es von Seiten ihres Ressorts einen Austausch mit den anderen Bundesministerien, mit Länderbehörden, Städten und Gemeinden über den Einsatz von Open-Source und/oder eine Kooperation zur (Weiter-) Entwicklung und zum Teilen von Open-Source-Lösungen?*
 - a. Falls ja, wie sieht der Austausch bzw. die Kooperation konkret aus?*
 - b. Falls nein, warum nicht?*

Das Bundesministerium für Justiz steht in laufendem Austausch mit Partnerressorts in anderen EU-Ländern bzw. auch Ländern außerhalb der EU. Im Zentrum dieses Austausches stehen in der Regel Best Practices zu Digitalisierungsprojekten und IKT-Projekten, bei welchen auch regelmäßig Open Source Software zum Einsatz kommt.

Ebenso findet über die dafür eingerichteten Gremien im Bund (IKT-Bund und CDO Taskforce) bzw. mit Ländern, Städten und Gemeinden (BLSG) ein regelmäßiger Austausch statt, bei dem auch Best Practices zur Nutzung von Open Source geteilt werden.

Dr.ⁱⁿ Alma Zadić, LL.M.

